

Regionaldirektion
Sachsen-Anhalt/Thüringen
Herrn Lutz Mania
Frau-von-Selmnitz-Str. 6
06110 Halle

MAGDEBURG, 13.11.2012

Bewertung der Broschüre „Arbeitsmarktdienstleistungen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft“; Ihr Schreiben vom 08.11.12

Sehr geehrter Herr Mania,

vielen Dank für Ihre Reaktion auf unsere Zusendung der o. g. Broschüre des VDP-Dachverbandes (und nicht des VDP Sachsen-Anhalt) zu den Arbeitsmarktdienstleistungen.

Es ist sicherlich richtig und legitim, dass die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit von Ihrem Haus und unserem Verband durchaus unterschiedlich und aus verschiedenen Blickwinkeln bewertet wird.

Dennoch ist es für mich wenig nachvollziehbar, wenn sich Ihre Kritik vor allem gegen die Formulierungen des Punktes 3 des in der Broschüre veröffentlichten Forderungskataloges richtet. Hier heißt es u. a.: „Arbeitslose müssen Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen erhalten, die ihren individuellen Bedarfen entsprechen. Viel zu oft kommt es vor, dass Arbeitslose von der Arbeitsverwaltung für sie ungeeignete Maßnahmen zugeteilt bekommen.“

Diese Forderung des VDP wird gestützt durch eine Vielzahl von Forschungsergebnissen und Aussagen von Institutionen und namhaften Persönlichkeiten, die ganz sicher nicht im Verdacht stehen, Lobbyisten der privaten Arbeitsmarktdienstleister zu sein. Beispielfhaft möchte ich verweisen auf:

- **die Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 09.11.12** – hier heißt es u. a. zum Haushaltsplan der BA für 2013: „Mehr nachhaltige Maßnahmen für arbeitslose Menschen ... In diesem Umfeld kann und will die BA in den kommenden Jahren investieren, **um mehr Menschen als bisher zu Abschlüssen zu bringen, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt sind.**“

VDPVerband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.Otto-von-Guericke-Str. 86a
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0

F: 0391 / 731916-1

VDELSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de**Bankverbindung**Deutsche Kreditbank
Konto-Nr.: 107 334 00
BLZ: 120 300 00**Vereinsregister**Amtsgericht Stendal
VR 11611

- den Forschungsbericht 2/2012 des BA-eigenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), in dem es u. a. heißt:

„Der Großteil der Maßnahmen, so auch die aus dem Eingliederungsbudget nach § 46 (= Aktivierungsmaßnahmen), wird von den Regionalen Einkaufszentren beschafft. ... **Ein hoher Maßnahme-Auslastungsdruck verhindert nach Einschätzung der Vermittler vor Ort zum Teil ein bedarfsorientiert individuell zugeschnittenes Förderangebot.** ... Die Arbeitsvermittlung muss auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren, beispielsweise auf die zukünftig zu erwartenden sektoralen und berufsfachlichen Fachkräfteengpässe. ... Hinsichtlich des intendierten Bürokratieabbaus ist eher Skepsis angebracht. Vor Ort wird berichtet, dass die Maßnahmeplanung lange im Voraus abzuschließen ist, um die Vergabeprozesse zu ermöglichen. ... Mit Blick auf das Vermittlungsbudget hat der Dokumentationsaufwand eher zu- als abgenommen. ... **Die BA ist hohen Steuerungs- und Kontrollanforderungen ausgesetzt, die gewiss ihre Berechtigung haben; dies verhindert in der Praxis jedoch eine Erweiterung des Handlungsspielraums auf der Ebene der Fachkräfte und Vermittler.**“

- die Rede der Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen am 23.09.11 vor dem Bundestag:

„Wir müssen umstellen von dem Szenario Massenarbeitslosigkeit, das wir lange hatten, auf das Szenario Fachkräftesicherung. **Dazu müssen die Menschen passgenau qualifiziert werden.** ... In der Grundsicherung für Arbeitsuchende verändern wir etwas, gerade mit Blick auf die öffentlich geförderte Beschäftigung. Wir gehen weg von der Dauerförderung künstlich geschaffener Arbeitsplätze. ... In einer Zeit, in der auf dem ersten Arbeitsmarkt händeringend Arbeitskräfte gesucht werden, dürfen sie nicht weiterhin das dominierende Instrument sein. ... **Die Untersuchungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass zu häufig die Falschen künstlich geförderte Arbeitsplätze hatten und Menschen dadurch sogar Chancen, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren, verpasst haben.** ... Wir müssen ... **viel stärker auf Weiterbildung und Qualifizierung setzen, damit die Menschen aufgrund ihrer Qualifikation Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt finden.**“

Ich denke nicht, dass die von Ihnen kritisierte Forderung unseres Verbandes zu diesen Aussagen und Forschungsergebnissen im Widerspruch steht.

Auch aktuell sind – gemessen an den Neueintritten von Arbeitslosen – vor allem die sog. Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen nach § 45 (neu) SGB III sowie die Arbeitsgelegenheiten die dominierenden Arbeitsmarktinstrumente in unserem Bundesland.

Nach den zuletzt von der BA veröffentlichten Zahlen über die Neueintritte von Arbeitslosen in **Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)** ist zu konstatieren, dass sich diese Anzahl während der ersten sieben Monate des Jahres 2012 (neuere endgültige Statistiken

der BA liegen noch nicht vor) in unserem Bundesland **im Vergleich zum identischen Vorjahreszeitraum um weitere 19 Prozent verringert hat**, ohne dass die Arbeitslosenzahl in einer vergleichbaren Größenordnung zurückgegangen wäre. In Sachsen hingegen ist die Anzahl dieser Neueintritte – offenbar korrespondierend mit den Forderungen der Bundesarbeitsministerin – im gleichen Zeitraum um 12 Prozent gestiegen.

Obwohl laut „Mitteldeutscher Zeitung“ vom 01.11.12 in unserem Bundesland die Anzahl der Langzeitarbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 1.800 auf 38.900 gestiegen ist, haben sich die Anzahl der Neueintritte von Arbeitslosen jeweils während der ersten sieben Monate der Jahre 2010, 2011 und 2012 in Sachsen-Anhalt laut BA-Statistik wie folgt entwickelt:

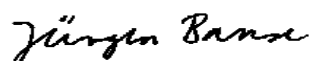
- Arbeitsgelegenheiten: von 32.601 auf 20.057 = - 38,5 %
- Aktivierungsmaßnahmen: von 192.044 auf 113.606 = - 40,8 %
- Förderung der beruflichen Weiterbildung: von 15.032 auf 8.185
= - 45,6 %

Diese Entwicklungen sind natürlich auch den insgesamt reduzierten Arbeitslosenzahlen und den abnehmenden finanziellen Mitteln, die den Arbeitsverwaltungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, geschuldet, die dargestellte Tendenz für Sachsen-Anhalt (drastische Reduzierung der FbW-Maßnahmen während der letzten 2 Jahre) aber scheint dennoch nicht mit den Forderungen des IAB und von Frau Ministerin von der Leyen in Übereinstimmung zu bringen sein. Ich verweise diesbezüglich auch noch auf den Inhalt des beigefügten Artikels „Aufschwung geht an Langzeitarbeitslosen vorbei“, der in der „Welt“ vom 04.11.12 publiziert wurde.

Darüber hinaus hat der Text der Broschüre in keiner Weise die engagierte Tätigkeit der Arbeitsmarktdienstleister diskreditiert. Vielmehr wird hierdurch die bisherige Effizienz der Geschäftspolitik der Arbeitsverwaltungen, die nach unserer Auffassung sehr viel stärker die nachhaltige Vermittlung von Arbeitslosen in unsubventionierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Auge haben müssten, hinterfragt.

Vor diesem Hintergrund würde sich der VDP Sachsen-Anhalt gern einmal wieder mit der Geschäftsführung Ihres Hauses über die künftigen Schwerpunkte Ihres Handelns vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen (z. B. Instrumentenreform, Mindestlohnregelungen, neue Struktur der regionalen Arbeitsverwaltungen, demografische Entwicklungen) austauschen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns hierfür einen Terminvorschlag unterbreiten würden.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Banse
- Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt -